

Tagesordnung I Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 09. September 2010

Vorlagen-Nr. 10-V-20-0009

**Auswirkungen der Tarif- und Besoldungserhöhungen 2009
und Finanzierung der Zuführung zu der Pensionsrückstellung**

Beschluss Nr. 0318

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Es wird Kenntnis genommen, dass
 - 1.1. sich die Besoldungserhöhungen in 2009, die zusammen mit den Tarifierhöhungen prognostizierte Mehrbelastungen in Höhe von 11,36 Mio. € ergeben, auch im Jahr 2009 kostensteigernd auf die erforderliche Zuführung zur Pensionsrückstellung auswirken.
 - 1.2. gemäß dem Ergebnis des versicherungsmathematischen Gutachtens zum Bilanzstichtag 31.12.2009 folgender Zuführungsbedarf zu den betreffenden Rückstellungen besteht:

	<u>31.12.2008</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>Auflösung / Zuführung</u>
Pensionsverpflichtungen	361.928.781 €	379.125.208 €	17.196.427 €
Beihilfeverpflichtungen	39.521.183 €	39.646.483 €	125.300 €
Altersteilzeitverpflichtungen	9.191.731 €	7.547.838 €	-1.643.893 €
Gesamt	410.641.695 €	426.319.529 €	15.677.834 €

- 1.3. der Magistrat (Dezernat III / 11 in Verbindung mit Dezernat I / 20) das Verfahren der Abrechnung und Erstattung von Versorgungsbezügen durch die (städtischen) Gesellschaften und Möglichkeiten der Vereinheitlichung zum Zweck der verbesserten Refinanzierung prüft.
2. Es wird beschlossen, dass
 - 2.1. die Finanzierung der außerplanmäßigen Zuführung in Höhe von 15.677.834 € aus der Deckungsreserve (veranschlagt für Zuführung 6,5 Mio. €) und allgemeinen Haushaltsmittel (9,2 Mio. €) zur Verfügung gestellt wird.
 - 2.2. der Magistrat (Dezernat I/20) mit der haushaltsrechtlichen Umsetzung beauftragt wird.
 - 2.3. eine vorsichtige Personalpolitik in Anbetracht der finanziellen Lage weiterhin erforderlich bleibt.

(antragsgemäß Magistrat 24.08.2010 BP 0588)

Tagesordnung III

Wiesbaden, .09.2010

Horschler
Vorsitzender